

Wie plant der Senat Bovenschulte die Fernverkehrs-anbindung Bremerhavens zu sichern?

Anfrage der Abgeordneten Michael Jonitz, Thorsten Raschen, Frank Imhoff und Fraktion der CDU

Wir fragen den Senat:

1. Wann und auf welche Weise wurde der Senat über die geplante Streichung der Fernverkehrs-Verbindung nach Bremerhaven informiert und welche Maßnahmen hat er bis zu diesem Zeitpunkt zur Verhinderung der Streichung ergriffen?
2. Welche konkreten Schritte wird der Senat unternehmen, um sicherzustellen, dass Bremerhaven auch im Jahr 2025 und darüber hinaus erneut eine Fernverkehrs-Verbindung erhält und gibt es bereits einen zeitlichen Rahmen für diese Maßnahmen?
3. Welche Maßnahmen kann sich der Senat vorstellen, um die Fernverkehrs-Verbindung über das Jahr 2024 hinaus sicherzustellen und erwägt der Senat Modelle wie bei der Verbindung nach Norddeich/Mole, Kooperationen mit Nachbargemeinden, Erweiterung des Deutschlandtickets oder Nutzung von Nahverkehrstickets für die Fernverkehrs-Verbindung oder andere alternative Konzepte?

Zu Frage 1:

Die DB Fernverkehr AG hat dem Senat und zeitgleich dem Magistrat Bremerhaven mündlich am 2. Oktober und schriftlich mit Schreiben vom 9. Oktober dieses Jahres mitgeteilt, dass die am 12. Dezember 2021 testweise eingeführte Intercity-Verbindung nach Bremerhaven ab dem 15. Dezember 2024 aus wirtschaftlichen Gründen entfallen wird.

Zuvor war in Gesprächen des Senats mit Mitgliedern der Bundesregierung am 26. und 27. September 2022 sowie am 26. April 2024 die Forderung nach einer dauerhaften Anbindung Bremerhavens und eines ergänzenden Angebotes, das in Zeitlagen am Tagesrand auch für Tagesreisende oder Fernpendler von Interesse wäre, erneuert worden.

Unmittelbar nach Bekanntwerden der Streichung des Intercitys hat die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung am 7. Oktober 2024 den seinerzeitigen Beauftragten der Bundesregierung für den Schienenverkehr, Herrn Staatssekretär Dr. Gero Hocker, in einem Gespräch gebeten, die Entscheidung des bundeseigenen Unternehmens DB AG zu überdenken und zu revidieren. Seitens des Bundesministeriums wurde die Prämisse der Eigenwirtschaftlichkeit des Schienenpersonenfernverkehrs nochmals betont. Die Wichtigkeit dieser Verbindung für die Großstadt Bremerhaven und das Unverständnis über diese Entscheidung betonte Bürgermeister Dr. Bovenschulte auch noch einmal im Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn, Herrn Dr. Lutz, am 29.11.2024, der auf den laufenden Arbeitsprozess verwies, in dem die Möglichkeiten der Anbindung ergebnisoffen eruiert würden. Am 3. Dezember 2024 trafen Senatorin Ünsal und Oberbürgermeister Grantz, die Spitze der DB AG und der DB-Fernverkehr ebenso zu konstruktiven Gesprächen bezüglich der Fernverkehrs-anbindung Bremerhavens. In diesen wurde eine Fortführung des Austausches verabredet.

Die Fragen 2 und 3 werden zusammen beantwortet:

Am 1. August dieses Jahres hat sich eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des Magistrats Bremerhaven, der DB Fernverkehr AG und des Senats gebildet, die

Konzepte und Maßnahmen für eine dauerhaft-tragbare Anbindung Bremerhavens an den Schienenpersonenfernverkehr ausarbeiten sollen. Ergebnisse sollen Ende dieses Jahres vorliegen. Grundvoraussetzung ist dabei die Wirtschaftlichkeit eines neuen Angebots. Die Nachfrage aus dem Kreuzfahrtgeschäft wird dabei eine wesentliche Rolle spielen.